Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 72 (1981)

Heft: 20

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Schlaumeier Bundesrat

Wenn wir die Entschädigungsforderungen zahlen können, dann brauchen wir das KKW Kaiseraugst nicht. Wenn die Forderungen zu hoch sind, dann dürfen wir auf den Bau des KKW nicht verzichten. Das ungefähr ist die Schlaumeierei, die der Bundesrat gestern der Öffentlichkeit anbot, als Bundesrat Schlumpf vor der Presse erklärte, die Regierung erwarte eine Verzichtofferte.

Wozu wurden denn bis jetzt Verhandlungen geführt, wozu wurden Berechnungen über den künftigen Strombedarf angestellt, weshalb hat man Gutachten über alles mögliche und unmögliche in Auftrag gegeben, wenn es zum Schluss nur eine Frage des Schadenersatzes ist, ob das Kernkraftwerk gebaut wird?

Der Bundesrat erweckt den Eindruck, er wolle sich aus der Verantwortung stehlen und den Entscheid – indirekt – der Elektrizitätswirtschaft überlassen. Jene Elektrizitätswirtschaft, die den klaren Auftrag hat, die Elektrizitätsversorgung in unserem Land sicherzustellen, und die ein über das andere Mal versichert hat, ohne Kernkraftwerke gehe dies nicht. Nun soll sie plötzlich offerieren, wie es trotzdem geht. Hat denn die Elektrizitätswirtschaft bis jetzt der Öffentlichkeit nur etwas vorgemacht? Gehen ihre Berechnungen über den künftigen Stromverbrauch derart in die Irre?

Ich weiss es nicht. Ich bin nur höchst verwundert, dass nun auf einmal möglich sein soll, was jahrelang von Wirtschaft und Regierung als absolut unmöglich dargestellt worden ist.

«Kein Kernkraftwerk auf Vorrat», hatte Bundesrat Ritschard versprochen, als er noch das zuständige Departement leitete. Kaiseraugst gehörte nicht zu jenen, wie etwa Rüti im St.-Galler Rheintal, das auf den St. Nimmerleinstag verschoben wurde. Im Gegenteil, es wurde kräftig geplant und zum Teil gebaut. Alles deutete darauf hin: Ohne KKW Kaiseraugst gehen wir dunkeln Zeiten entgegen. Nun scheint dies nicht mehr zu stimmen. Der Bundesrat wartet auf eine Verzichtofferte.

So bleiben drei Möglichkeiten:

1. Das KKW Kaiseraugst wird nicht gebaut, die wegfallende Kapazität wird an einem andern Ort geschaffen.
2. Kaiseraugst wird nicht gebaut, bis in einigen Jahren haben wir in der Schweiz den Strom rationiert.
3. Es ist alles nicht war, die Energieknappheit ist nur eine Erfindung von (ach so bösen) Journalisten.

Eduard Nacht

«Thuner Tagblatt», Thun, 22. September 1981

«Ein Zeitalter ohne jedes Erdöl vorbereiten»

Grosse Teile unserer Bevölkerung haben Angst vor der Atomenergie, weil sie sich unter einer kontrollierten Kernspaltung nichts vorstellen können. Je weniger ein Mensch von dieser geheimnisvollen Kraft weiss, desto misstrauischer ist er ihr gegenüber, desto leichter glaubt er an die Schreckensbilder, die über die Gefahren der Kernenergie verbreitet werden. Leute, die selbst in der Kernforschung tätig sind, Ingenieure und Techniker, die in einem Kernkraftwerk arbeiten, kennen solche Ängste nicht, denn sie wissen, mit was sie es zu tun haben.

Die grosse Gefahr dieser Angst vor der Atomenergie besteht jedoch darin, dass sie uns von den wirklichen Schwierigkeiten ablenkt, die der Menschheit in den nächsten Jahren bevorstehen. Das grosse Problem, das in naher Zukunft existenzbedrohende Dimensionen annehmen wird, heisst nämlich nicht Atomenergie, sondern Erdölmangel!

Die industrialisierte Welt, und besonders auch unser Land, haben sich in bezug auf die Energieversorgung derart einseitig auf das Erdöl ausgerichtet, dass ein Versiegen dieser Quelle verheerende Folgen haben wird. Wir müssen uns dabei bewusst sein, dass das Erdöl ja nicht nur unsere Häuser heizt und unsere Autos antreibt – Erdöl ist auch der Ausgangsstoff für Hunderttausende von Materialien, die wir täglich benötigen: Kunststoffe, Farben, Textilien, Isolierstoffe, Waschmittel, Schmiermittel, Medikamente, Düngemittel – endlos ist die Reihe der Erdölderivate.

Selbst wenn wir alle Sparmöglichkeiten verwirklichen und alle alternativen Energiequellen ausschöpfen, werden unsere Kinder in wenigen Jahrzehnten in einer Welt ohne Erdöl leben müssen. Kohle und Erdgas können wohl für einige Zeit Ersatz bieten, aber auch diese Vorräte sind begrenzt. Die Erschöpfung sämtlicher fossiler Brenn- und Rohstoffe ist vorausprogrammiert und nur noch eine Frage der Zeit.

Ein weiterer Grund, warum in den industrialisierten Staaten mit der Drosselung des Erdölverbrauchs so schnell als möglich ernst gemacht werden muss, ist die Situation in den Entwicklungsländern. Der Teufelskreis, der dort zur Verelendung führt, heisst: Armut – viele Kinder – Überbevölkerung – Hunger. Der Kreis kann nicht durch Geld- oder Milchpulversendungen durchbrochen werden, sondern allein indem man versucht, durch bessere und billigere Energieversorgung die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu verbessern und damit den allgemeinen Wohlstand zu heben. Steigender Wohlstand bewirkt automatisch einen Rückgang des Kindersegens. Wer einen gesicherten Arbeitsplatz hat, braucht nicht viele Kinder, die ihn als billige Arbeitskräfte vor dem Verhungern bewahren. Auch in der Schweiz hatten die armen Bauern noch vor 100 Jahren oft 12 bis 14 Kinder. Die reichen Länder sollten deshalb den Entwicklungsländern ermöglichen, mehr und billigeres Erdöl zu kaufen, indem sie selbst ihren Verbrauch rigoros einschränken.

Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen hat es etwas Gespenstisches, wie in unserem Land «Energiepolitik» gemacht wird. Anstatt die langfristig auf uns zukommende Wirklichkeit zu erkennen, sich darauf einzustellen und dem Volk die Situation klarzumachen, wird in jahrelanger Kommissionsarbeit darüber gebrütet, ob in 10 Jahren wohl der Bedarf für 5 oder 6 Kernkraftwerke gegeben sei oder ob vielleicht Vorschriften über eine bessere Isolation der Häuser am Platz wären.

Unser dringlichstes Problem in der Schweiz und in der Welt ist der möglichst schnelle Ersatz des Erdöls. Dass sich in dieser Situation viele ehrlich um die Zukunft besorgte Menschen im Kampf gegen die Kernenergie aufreiben, ist tragisch. Mit «Atomkraft – nein danke!» – ist nichts, aber auch gar nichts zu erreichen.

Es wäre an der Zeit, dass die junge Generation erkennt, was die gewaltige, aber im Endeffekt auch schöne Aufgabe ist, die ihrer wartet: Die Vorbereitung des erdöllosen Zeitalters! *H. P. L., Altdorf*

«Vaterland», Luzern, 12. September 1981

Kaiseraugst: discutons!

Les promoteurs de la centrale nucléaire contestée de Kaiseraugst demandent au Conseil fédéral – dans une deuxième lettre – de discuter avec eux. Cette deuxième lettre est confidentielle. Mais elle ne contient – affirme le vice-chancelier Achille Casanova – aucune proposition précise et chiffrée pour une éventuelle renonciation (pas de montant d'indemnité, le mot renonciation lui-même n'y figurerait pas).

Aussitôt fait, le gouvernement central désigne sa délégation pour les questions d'énergie, Léon Schlumpf, Hans Hürlimann, Fritz Honegger, pour renouer le fil. C'est elle déjà qui conduisait cet été les premières négociations – manquées – avec les promoteurs de Kaiseraugst.

Expliquez-vous!

Rappel: dans une première lettre-surprise datée du 18 septembre, les promoteurs de Kaiseraugst proposaient d'entamer les négociations avec les Chambres fédérales pour une éventuelle renonciation

à la centrale. Cette lettre-surprise avait pour effet le 21 septembre suivant de suspendre l'octroi par le Conseil fédéral de l'autorisation générale à Kaiseraugst. Mais le dernier mot aurait appartenu aux Chambres. Peu après, le Conseil fédéral demandait aux promoteurs de préciser leur pensée. On y vient.

«La Suisse», Genève, le 29 septembre 1981

Graben kein «Austauschobjekt»

Bern. SDA. Der Regierungsrat des Kantons Bern verfolgt die Entwicklung der auf Bundesebene entstandenen Probleme um das pendente Rahmenbewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Kaiseraugst mit grosser Aufmerksamkeit. Im Anschluss an eine Aussprache an ihrer ordentlichen Sitzung hält die bernische Exekutive fest, dass es bis heute keinen Anlass gebe, von ihren Stellungnahmen zu Kaiseraugst (12. Dezember 1979) und zum Projekt Graben (7. Mai 1980) abzuweichen.

Der Regierungsrat erwartet, dass für Kaiseraugst eine Lösung im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorschriften und Möglichkeiten gefunden werden kann. Er erachtet es als nicht vertretbar, das Projekt Graben aus politischen Gründen zum Austauschobjekt gegenüber Kaiseraugst werden zu lassen.

Die Regierung hat volles Verständnis dafür, dass die Bevölkerung des Oberaargaus unter den gegebenen Verhältnissen nicht ohne weiteres bereit ist, ein Kernkraftwerkprojekt zu akzeptieren, dem man in einer andern Region auszuweichen sucht. Diese Meinung wird offensichtlich in breiten Kreisen des ganzen Kantons geteilt, stellt der Berner Regierungsrat fest.

«Basler Zeitung», Basel, 25. September 1981

Neue Atominitiative zustande gekommen

ddp. Die im Juni 1980 gestartete eidgenössische Volksinitiative «Für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» ist mit weit über 100000 Unterschriften bereits zustande gekommen, wogegen die gleichzeitig lancierte Volksinitiative «Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» bisher nur 81000 Unterschriften erhielt.

Wie DDP seitens der Initianten erfuhr, soll die Unterschriftensammlung für beide Volksbegehren noch bis zum Ablauf der gesetzlichen Sammelfrist am 17. Dezember 1981 fortgeführt werden. Die «Atominitiative II» will alle künftigen Atomkraftwerke auf Schweizer Boden untersagen.

«Luzerner Neuste Nachrichten», Luzern, 25. September 1981

Der Bundesrat und Kaiseraugst

Überrascht hat der bundesrätliche Nichtentscheid zum Thema Kaiseraugst nicht. Allgemein erwartete man ein bedingtes Ja, gespannt war man eher auf die Nebensätze, die den Entscheid in ein praktisches Nein umwandeln werden. Dass diese darin bestehen, die *Verantwortung für eine grundsätzliche energiepolitische Entscheidung einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft zuzuschieben, ist aber erschreckend.* Der Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen politischen, ja bald weltanschaulichen Auffassungen wird auf die Kontroverse zwischen der staatspolitisch weisen Regierung und einer auf die Absicherung ihrer finanziellen Interessen unverantwortlich bedachten Unternehmung reduziert, und das ist zu einfach.

Die *Fakten* sind zur Genüge bekannt. Drei Viertel unserer Energie decken wir durch Erdöl, dessen Preis seit 1973 von 1 $ auf etwa 35 $ pro Fass gestiegen ist. Für Ölimporte geben wir bereits 4 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Der wahre Preis des Erdöls liegt noch höher, wenn man die mitimportierte Inflation, die Unsicherheit der Versorgung und die wirtschaftlichen Störungen berücksichtigt. Hier tut jede Substitution not, und der Strom für Wärmepumpen, Elektroboiler und Materialwirtschaft wird lebenswichtig. Der Elektrizitätsverbrauch steigt dementsprechend schneller, als die höchsten Prognosen erwarten liessen. Dies ist unbestritten, und auch der Bundesrat erachtet den Bedarfsnachweis für ein weiteres 1000-MW-Kraftwerk als erbracht.

Nun würde der Verzicht auf Kaiseraugst zumindest eine massive Verzögerung, wenn nicht den vollständigen Verzicht auf ein anderes Kernkraftwerk bedeuten. Der resultierende Verzicht auf die gesicherte Stromversorgung wäre ein Verzicht auf die Grundlagen unserer technischen Zivilisation. Und für Verhandlungen über Verzicht auf die Annehmlichkeiten der Zivilisation ist die Kaiseraugst AG definitiv der falsche Adressat!

Die Frage einer Verzichtsentschädigung ist letztlich sekundär – der Staatsbürger müsste sie in jedem Falle tragen, sei es als Stromkonsument, sei es als Steuerzahler, denn die selektive Überwälzung der Kosten nach dem Verursacherprinzip auf GAK, WWF usw. wird nur als schlechter Witz vorgeschlagen. So wird genaugenommen nicht über die Entschädigung verhandelt, sondern über den *Verzicht auf die Sicherung der wirtschaftlichen Vitalität der Schweiz.* Und diese Verhandlungen hätte der Bundesrat nicht mit dem künftigen KKW-Betreiber, sondern mit seinem staats- und wirtschaftspolitischen Gewissen zu führen. *Emil Kowalski*

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 29. September 1981

Kaiseraugst, Kaiserangst

Pas possible de parler de Kaiseraugst comme d'un sujet ordinaire, où l'on expose une situation, où l'on croit pouvoir être didactique, où l'on risque son opinion.

Il faut humblement l'avouer: pour qui ne sait pas jouer de l'accordéon, ce dossier devient incompréhensible.

Que veut le Conseil fédéral? Il reconnaît le «besoin» d'une nouvelle centrale, mais il négocie l'abandon par les promoteurs de leur projet. Il donnera une autorisation générale, à condition qu'elle ne serve à rien. Il retirera l'autorisation de site accordée en vertu d'une loi ancienne, mais n'estime pas être tenu à indemnisation, à moins qu'on s'entende sur le montant, auquel cas il donnerait des autorisations que les bénéficiaires n'utiliseraient pas. Etc.

Partout (partout où les décisions politiques sont soumises à un contrôle démocratique) le nucléaire est un débat à la limite des possibilités du choix démocratique. S'entremêlent les arguments scientifiques et technologiques, ressurgissent les vieilles angoisses archaïques de Prométhée coupable et rongé pour avoir dérobé le feu, s'extrapolent les siècles comme nouvelle unité de mesure.

Mais en Suisse s'ajoute l'opposition entre le nucléaire qui est de l'ordre du méga, du gigantisme, de la centralisation de la production, l'opposition donc entre le nucléaire et la structure fédéraliste du pays qui ne permet pas d'imposer par la force une centrale (nom révélateur!) à une région qui n'en veut pas et qui se sent forte de son autonomie.

Le Conseil fédéral estime que nous aurons besoin d'une usine supplémentaire en 1990. Mais politiquement, par souci de paix civile, il n'ose pas sans autre assumer Kaiseraugst. M. Schlumpf à «24 Heures» (26. 9. 1981): «Si on ne se limite pas aujourd'hui à l'examen du besoin, c'est à cause des manifestations de 1975.»

Quel autre site dès lors, et à quel prix?

Il est évident que le Conseil fédéral, dans une telle procédure, va se heurter à des questions simples comme une massue:

– Pourquoi dépenser en indemnité des centaines de millions pour construire ailleurs (50 à 100 km) une centrale du même type (Graben)?

– Si la construction n'est pas possible à Kaiseraugst pour des raisons de sécurité et d'environnement, par quel miracle serait-elle inoffensive ailleurs?

– Si les manifestations de 1975 ont été décisives pour l'abandon de Kaiseraugst, qu'objecter aux manifestants futurs?

Ce qui est à peine croyable, c'est que tout puisse se ramener à une affaire de gros sous. Lisez du moins la conclusion de l'interview de M. Schlumpf, déjà citée: «Nous attendons la réponse de principe des gens de Kaiseraugst. Cela peut être très rapide. Puis éventuellement des chiffres. Cela prendra plusieurs semaines probablement. Nous ferons ensuite rapport au Parlement.»

Or il ne s'agit pas de chiffres. On n'est pas dans le domaine de la proportionnalité. Ou le Conseil fédéral arrive à la conviction que la sécurité du ravitaillement suisse en énergie exige une centrale, et il le dit. Ou il estime qu'on peut s'en passer, moyennant d'autres efforts; et il dit lesquels, et il se déclare prêt à payer le prix.

Pour l'instant le Conseil fédéral donne l'impression de s'en remettre aux aléas de la conjoncture énergétique: en cas de rupture de l'approvisionnement, la peur du manque fera la décision, et se trouveront confirmés les non-dit de notre position de principe ...

Un peu de clarté, svp. Et surtout pas ce style marchandage de celui qui joue au plus fin, sur une question de cette importance et de cette difficulté! *«Domaine Public», Lausanne, le 1er octobre 1981*